

Oppermann: CDU mitschuld am AfD-Erstarken



Der SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann (*Foto rechts*) wirft der CDU-Vorsitzenden und Kanzlerin Merkel (*links*) mangelndes konservatives Profil vor, was zum Erstarken der AfD führe. Bodenständig Konservative hätten in der CDU keine politische Heimat mehr, so dass Millionen Wähler zur AfD abwandern könnten. Der Zulauf für die AfD läge vor allem auch daran, dass der Staat in der Flüchtlingskrise ein hilfloses und chaotisches Bild abgegeben habe. Damit übt Oppermann auch Selbstkritik, denn die SPD ist in der großen Koalition schließlich in Regierungsverantwortung.

(Von Michael Stürzenberger)

Im FOCUS ist zu lesen:

SPD-Bundestagsfraktionschef Thomas Oppermann hat den wenig konservativen Kurs von Bundeskanzlerin Angela Merkel

kritisiert und für das Erstarken der AfD mitverantwortlich gemacht. „Bodenständig Konservative haben in der CDU keine politische Heimat mehr“, konstatierte der Sozialdemokrat in der „Welt am Sonntag“. „Merkel macht Millionen Bürger politisch heimatlos. Das ist ein schweres Versäumnis und ein Grund dafür, dass auch nicht-extreme Wähler zur AfD abwandern.“

Oppermann übernimmt damit Argumente der Konservativen in der Union. Bisher allerdings wirft seine Partei der Union eher das Gegenteil vor. Der SPD-Vizevorsitzende Ralf Stegner hatte vor kurzem die CSU scharf kritisiert, weil sie sich bei der AfD anbiedere und teilweise sogar deren Parolen übernehme. „Und die CDU tut nichts“, hatte Stegner in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur beklagt.

Das Hauen und Stechen im Superwahljahr 2016 hat begonnen. Es ist mehr als bezeichnend, welche großen Sorgen man sich in der SPD wegen des Anwachsens der AfD macht. Hier wächst eine Konkurrenz heran, die nicht bereit ist, sich dem politisch korrekten Mainstream zu beugen. Gleichzeitig nimmt die immer weiter nach links driftende CDU der SPD Wähler weg, so dass es aus Oppermanns Sicht zusätzlich Sinn macht, das mangelnde konservative Profil des Koalitionspartners zu kritisieren. Es kommt Bewegung in die politische Landschaft, und das kennzeichnet die parlamentarische Demokratie, bei der sich die Parteien untereinander im Wettstreit um die Gunst des Wählers befinden.

Aber unter Politisch Inkorrekten tauchen immer wieder die Begriffe „System“, „Schwarzrotgrüne Einheitspartei Deutschlands“, „Gleichschaltung“, „Scheindiktatur“ und „DDR 2.0“ auf, auch wieder aktuell auf dem Blog von Michael Mannheimer. Ist damit die momentane Situation zutreffend analysiert oder weit überzeichnet?

Nun, es gibt ausreichend Gründe für heftige Kritik, denn viele

Politiker lügen bei den Themen Islam, Asyl, Flüchtlinge, Zuwanderung und EU. Ebenso viele Medien, vor allem die öffentlich-rechtlichen. Ausländerkriminalität soll möglichst vertuscht werden, es werden reihenweise Gesetze missachtet und die EU ist mächtig in Schiefelage.

Aber kann man tatsächlich von einem kollektiven „System“ sprechen, das hier zu Werke geht? Das gar gemeinsam, vorsätzlich, partei- und medienübergreifend an der „Abschaffung Deutschlands“ arbeitet? Nach einem geheimen Masterplan, etwa einer „New World Order“, womöglich fremdgesteuert von den USA oder geheimen Kräften im Hintergrund?

Die Kritiker der Political Correctness und des momentanen Mainstream-Kurses müssen darauf achten, ernstgenommen und nicht in die Rubrik „Verschwörungstheoretiker“ eingeordnet zu werden. Ende des vergangenen Jahres haben wir bei PI die Frage gestellt, ob es ein flächendeckendes System der Deutschlandabschaffer gibt, was von 82% der PI-Leser bejaht wurde. Man müsste die Fragestellung jetzt konkretisieren: Ist dieses „System“, abgesehen von den bekannten linken Anti-Patrioten, partei- und medienübergreifend zentral organisiert?

Man darf nicht außer Acht lassen, dass es reichlich Ausnahmen in diesem selbstaufgelegten Prinzip der „Political Correctness“ gibt, dieses momentanen Mainstreams, der durch die linken Meinungsführer in Politik & Medien installiert wurde. Immer mehr Politiker und Journalisten sind nicht länger bereit, vor allem auch angesichts der aktuellen Entwicklungen, sich diesem Mainstream anzupassen, sondern trauen sich zu widersprechen. Auch wenn dann, je nach Dossierhöhe des Widerspruchs, ein Empörungsturm der linken Heuchler aufbrandet.

Wenn es nun ein gleichgeschaltetes „System“ gäbe, müssten folgende Fragen beantwortet werden:

Wie setzt sich dieses „System“ politisch zusammen? Nur von der „Schwarzrotgrünen Einheitspartei Deutschlands“, also CDU/CSU/SPD/GRÜNE, oder ist auch die LINKE, FDP und gar die AfD mit dabei?

Wie funktioniert dieses „System“? Treffen die sich alle in geheimen Zirkeln und sprechen sich ab?

Was hat das „System“ vor – etwa die Abschaffung Deutschlands?

Was will dieses „System“, nachdem es sein Ziel verwirklicht hat?

Ist die gesamte Presselandschaft „gleichgeschaltet“?

Wie funktioniert diese „Gleichschaltung“? Gibt es bereits ein heimliches übergeordnetes Propaganda-Ministerium?

Wenn manche bereits von einer „momentanen Scheindiktatur“ sprechen – sind dann auch alle Wahlen und Umfragen manipuliert?

Arbeitet dieses „System“ in Deutschland autark oder wird es fremdgesteuert, etwa von Führungskreisen in der EU oder den USA?

Wie soll dieses „System“ überwunden werden? Etwa mit einem „Volksaufstand“, also einem bewaffneten revolutionären Umsturz? Mit Besetzung des Bundestages? Inhaftierung der Abgeordneten?

Was soll danach kommen?

Das sind alles Fragen, die sich unweigerlich in der „System“-Diskussion stellen. Wenn sie nicht schlüssig beantwortet werden, kann man das Ganze in Richtung Verschwörungstheorie einordnen.

Meiner festen Überzeugung nach gibt es kein organisiertes „System“, das über Parteigrenzen hinweg kollektiv arbeitet.

Das ist vielmehr Teil einer Weltanschauung, die auch NPD, Die Rechte, Der III. Weg & Co vertreten. Diesen Kreisen geht es vermutlich, wie auch zur Weimarer Zeit, um eine Abschaffung der ihnen verhassten Parteienlandschaft, eine Revolution, eine Art zweites „Ermächtigungsgesetz“, um die anderen Parteien aufzulösen und eine deutschnationale Diktatur mit germanisch zusammengesetzter Volksgemeinschaft zu errichten.

Es ist brandgefährlich, wenn solche Elemente die islamkritische Bewegung infiltrieren und Einfluss auf die Meinungsbildung erhalten.